Wegweiser für ehrenamtliche Betreuer
Liebe Betreuerinnen und Betreuer,


Dresden, im Januar 2019

Sebastian Gemkow
Sächsischer Staatsminister der Justiz
# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .................................................................................................................. 01  
I. Die ersten Schritte als ehrenamtlicher Betreuer .................................................. 04  
II. Gesetzliche Grundlagen der Betreuung .............................................................. 04  
III. Aufgaben und Befugnisse des Betreuers .......................................................... 05  
1. Stellung des Betreuers ....................................................................................... 05  
2. Betreuung als gesetzliche Stellvertretung ........................................................... 06  
3. Selbstvertretungsbeugnis des Betreuten ............................................................ 06  
4. Einwilligungsvorbehalt ...................................................................................... 07  
IV. Wichtige Aufgabenkreise ................................................................................... 07  
1. Gesundheitssorge ............................................................................................... 08  
2. Wohnungsangelegenheiten .................................................................................. 09  
3. Aufenthaltsbestimmung ...................................................................................... 09  
4. Freiheitsentziehende Maßnahmen ....................................................................... 10  
   a) Unterbringung ................................................................................................ 10  
   b) Unterbringungsähnliche Maßnahmen ................................................................. 11  
5. Vertretung vor Ämtern und Behörden ................................................................. 11  
6. Vermögenssorge .................................................................................................. 11  
   a) Allgemeines .................................................................................................... 11  
   b) Ermittlung des Vermögens/Vermögenverzeichnis ............................................. 12  
   c) Sicherung und Verwaltung des Vermögens/Schuldenregulierung ..................... 13  
   d) Rechnungslegungspflicht ............................................................................... 14  
   e) Befreite Betreuer ............................................................................................ 14  
   f) Entlastung ....................................................................................................... 14  
7. Post- und Fernmeldeverkehr ............................................................................... 14  
V. Aufsicht durch das Betreuungsgericht und Berichtspflichten .............................. 15
<table>
<thead>
<tr>
<th>VI. Genehmigungspflichtige Maßnahmen</th>
<th>15</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1. Aufgabenkreis Gesundheitssorge</td>
<td>16</td>
</tr>
<tr>
<td>2. Aufgabenkreis Vermögenssorge</td>
<td>16</td>
</tr>
<tr>
<td>a) Allgemeines</td>
<td>16</td>
</tr>
<tr>
<td>b) Abschluss bestimmter Vertragsangelegenheiten</td>
<td>16</td>
</tr>
<tr>
<td>c) Grundstücksangelegenheiten</td>
<td>16</td>
</tr>
<tr>
<td>d) Familien- und Kindschaftsrecht</td>
<td>17</td>
</tr>
<tr>
<td>e) Erbschaftsangelegenheiten</td>
<td>17</td>
</tr>
<tr>
<td>3. Aufgabenkreis Wohnungsangelegenheiten/Aufenthaltsbestimmung</td>
<td>17</td>
</tr>
</tbody>
</table>

| VII. Verhinderung des Betreuers | 17 |

<table>
<thead>
<tr>
<th>VIII. Versicherungsschutz für ehrenamtliche Betreuer</th>
<th>17</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1. Haftpflichtschäden</td>
<td>17</td>
</tr>
<tr>
<td>2. Unfallsschäden</td>
<td>18</td>
</tr>
</tbody>
</table>

| IX. Aufwandsentschädigung und Aufwendungsersatz | 19 |

| X. Tod des Betreuten und sonstige Fälle der Beendigung der Betreuung | 20 |

| XI. Kosten des Betreuungsverfahrens | 20 |

<table>
<thead>
<tr>
<th>XII. Praktische Hilfen</th>
<th>21</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1. Ansprechpartner und Hilfsangebote für ehrenamtliche Betreuer</td>
<td>21</td>
</tr>
<tr>
<td>2. Anlegen und Führen einer Betreuerakte</td>
<td>22</td>
</tr>
<tr>
<td>3. Fallbeispiel mit ausgefüllten Vordrucken und Erläuterungen</td>
<td>24</td>
</tr>
</tbody>
</table>

| Stichwortverzeichnis | 36 |
I. Die ersten Schritte als ehrenamtlicher Betreuer

Ein Rechtspfleger des Betreuungsgerichtes hat Sie bereits in Ihr Amt als ehrenamtlicher Betreuer eingeführt. Trotzdem haben Sie bestimmt noch viele Fragen zu Ihren Rechten und Pflichten. Diese Broschüre soll Ihnen den Einstieg in Ihre verantwortungsvolle Tätigkeit erleichtern und auch später noch als Ratgeber dienen.

Machen Sie sich zunächst mit Hilfe dieser Broschüre mit Ihrer neuen Aufgabe vertraut. Danach sollten Sie vor allem an die folgenden ersten Schritte denken:


2. Legen Sie einen Ordner an, in dem Sie systematisch und lückenlos alle Dokumente im Zusammenhang mit Ihrer Tätigkeit als Betreuer ablegen. Tipps, wie Sie eine solche »Betreuerakte« aufbauen können, finden Sie ab Seite 22.


Prüfen Sie in diesem Zusammenhang, ob in Ihrem Aufgabenbereich wichtige Fristen laufen. Denken Sie z. B. an die Zahlung des Krankenversicherungsbeitrags.


II. Gesetzliche Grundlagen der Betreuung

Auch für Betreuer, die keine Juristen sind, ist eine Lektüre der gesetzlichen Grundlagen der Betreuung zu empfehlen:


Wie das Verfahren vor den Betreuungsgerichten abläuft, ist in den §§ 271 bis 339 des Gesetzes über das Verfahren in Familien- und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) und dort insbesondere in §§ 271 bis 339 FamFG normiert.

Diese Gesetzes texte finden Sie im Internet unter www.gesetze-im-internet.de.
III. Aufgaben und Befugnisse des Betreuers

1. Stellung des Betreuers

Sie werden die Einzelheiten Ihrer Tätigkeit besser verstehen, wenn Sie sich zunächst Ihre Stellung als Betreuer verdeutlichen: Sie sind als Betreuer bestellt, weil die von Ihnen betreute Person ihre Angelegenheiten wegen einer psychischen Krankheit oder einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung ganz oder teilweise nicht mehr selbst regeln kann. Soweit die Einschränkungen des Betreuenden reichen, sollen Sie für ihn am Rechtsverkehr teilnehmen. Sie sind der gesetzliche Vertreter des Betreuenden und sollen ihm den notwendigen Schutz und die erforderliche Fürsorge gewähren. Gleichzeitig sollen Sie ihm aber auch ein größtmögliches Maß an Selbstbestimmung erhalten.


Sind ausdrückliche Wünsche des Betreuenden (die nicht notwendig schriftlich niedergelegt sein müssen) nicht mehr feststellbar, müssen Sie sich am mutmaßlichen Willen des Betreuenden orientieren, sich also die Frage stellen, wie der Betreute selbst entschieden hätte. Anhaltspunkte können sich aus Gesprächen mit Angehörigen und Bezugspersonen des Betreuenden und aus dessen bisheriger Lebensführung ergeben.

Durch die Betreuung soll nach Möglichkeit erreicht werden, dass der Gesundheitszustand des Betreuenden verbessert, behinderungsbegünstigte Einschränkungen erleichtert oder aufgehoben oder etwaige Krankheiten sogar geheilt werden. Hat dies Erfolg, kann die Betreuung ganz aufgehoben oder auf das notwendige Maß beschränkt werden (§ 1901 Abs. 5 BGB).


Beachten Sie außerdem stets, dass Sie nur im Rahmen des übertragenen Aufgabenkreises tätig werden und Entscheidungen für den Betroffenen treffen dürfen. Maßgeblich hierfür ist der Ihnen im Beschluss des Gerichts zur Betreuerbestellung zugewiesene und im Betreuungsverfahren aufgeführte Aufgabenkreis. Die wichtigsten Aufgabenkreise werden in dieser Broschüre ab Seite 8 näher beschrieben. Probleme in anderen Lebensbereichen muss der Betreute allein oder mit Hilfe Dritter (Angehörige, Bevollmächtigte) lösen. Soweit er dazu nicht in der

Aufgaben und Befugnisse des Betreuers | 05
Lage ist, können Sie die Übertragung weiterer Aufgabenkreise beim Betreuungsgericht anregen.


Auch eine wirksame Vorsorgevollmacht ist vorrangig und schließt grundsätzlich die gerichtliche Anordnung einer Betreuung aus. Mit ihr gibt eine Person in gesunden Tagen für den Fall einer später eintretenden Geschäftsunfähigkeit (z.B. durch altersbedingten Abbau von geistigen Fähigkeiten) einem anderen die Vollmacht, für ihn zu handeln. Er bestimmt also selbst, wer ihn in welchem Umfang im späteren Bedarfsfall vertreten soll. Da in diesen Fällen eine rechtliche Stellvertretung sichergestellt ist, besteht kein Bedürfnis für die Einsetzung eines Betreuers (§ 1896 Abs. 2 BGB). Wird nach der Bestellung zum Betreuer eine wirksame Vorsorgevollmacht aufgefundener, ist die Betreuung durch das Betreuungsgericht aufzuheben. Daher sind Sie verpflichtet, eine von Ihnen aufgefundene Vorsorgevollmacht umgehend dem Betreuungsgericht zu übermitteln (§ 1901c BGB).

2. Betreuung als gesetzliche Stellvertretung

Als gesetzlicher Vertreter des Betreuten haben Sie die Vertretungsmacht. Sie sind befugt, Erklärungen im Namen des Betreuens abzugeben, die für diesen bindend sind. Diese Befugnis erstreckt sich jedoch nur auf die Aufgabenkreise, für die das Betreuungsgericht die Betreuung angeordnet hat. Die wichtigsten Aufgabenkreise werden ab Seite 8 erläutert. Die gesetzliche Vertretungsmacht des Betreuers gilt allerdings grundsätzlich nicht für höchstpersönliche Geschäfte. So besteht keine Vertretungsbefugnis des Betreuers für die Eheschließung (§ 1311 Satz 1 BGB), die Testamentseröffnung (§§ 2064, 2274 BGB) oder den Abschluss eines Erbvertrages (§ 2274 BGB). Für verschiedene andere Rechtsgeschäfte hat der Gesetzgeber angeordnet, dass der geschäftsfähige Betreute sie allein abschließen kann: etwa den Ehevertrag (§ 1411 Abs. 1 Satz 4 BGB), die Vaterschaftsanerkennung (§ 1596 Abs. 1 und 3 BGB), die Anfechtung der Vaterschaft (§ 1600a Abs. 2 und 5 BGB) oder die Stellung der Adoption (§ 1752 Abs. 2 Satz 1 BGB).

Auch können Sie den Betreuten nicht vertreten bei Rechtsgeschäften mit Ihrem Ehepartner, Lebenspartner oder Ihren Verwandten in gerader Linie (Großeltern, Eltern, Kinder, Enkel etc.) und auch nicht bei Geschäften mit Ihnen selbst (verbotenes »Insichgeschäft«). Soll ein solches Geschäft geschlossen werden, müssen Sie sich an das Gericht wenden; dieses kann einen Ergänzungsbetreuer für das Geschäft bestellen, § 1908 i.V.m. § 1795 Abs. 1 Nr. 2 BGB.


3. Selbstvertretungsbefugnis des Betreuens

Allein die Bestellung eines Betreuens hat keinen Einfluss auf die Fähigkeit des Betreuens, selbst rechtsverbindliche Erklärungen gegenüber Dritten abzugeben (z.B. Waren oder Dienstleistungen zu bestellen). Machen Sie sich daher stets bewusst, dass der Betreute nicht entmündigt ist. Geschäftsfähig ist der Betreute aber, wenn er sich nicht nur vorübergehend in einem Zustand befindet, in dem eine krankhafte Störung
der Geistestätigkeit die freie Willensbildung ausschließt (§ 104 Nr. 2 BGB). Kann der Betreute noch einen freien Willen bilden, so ist er geschäftsfähig und kann selbst vollwertig im Rechtsverkehr auftreten und eigenständig Entscheidungen treffen. Ob der Betreute geschäftsfähig oder geschäftsunfähig ist, kann im konkreten Einzelfall sehr schwer festzustellen und im Ergebnis zweifelhaft sein. Insbesondere kann die betreute Person nur zeitweilig oder nur in bestimmten Angelegenheiten an einer freien Willensbildung gehindert sein (teilweise Geschäftsunfähigkeit). Wegen der im Grundsatz gegebenen Selbstvertretungsbefugnis kann es zu sich widersprechenden Erklärungen oder doppelten Vertragsschlüssen durch Betreuer und Betreuten kommen, die Haftungsansprüche Dritter nach sich ziehen können. Um solchen Situationen vorzubeugen, sollten Sie stets das Gespräch mit dem Betreuten suchen, damit Sie im Hinblick auf dessen Handeln im Rechtsverkehr auf dem Laufenden sind.

4. Einwilligungsvorbehalt

In Ausnahmefällen kann der Betreute, rechtsverbindliche Erklärungen nur mit Ihrer Einwilligung abgeben, wenn das Betreuungsgericht einen **Einwilligungsvorbehalt** angeordnet hat (§ 1903 BGB). Dem Beschluss über Ihre Bestellung zum Betreuer können Sie entnehmen, ob ein solcher Einwilligungsvorbehalt angeordnet ist. Der Einwilligungsvorbehalt ist auch im Betreuerausweis vermerkt. Sind Sie sich unsicher, dann erkennt man Sie sich beim Betreuungsgericht. Ein Einwilligungsvorbehalt wird insbesondere angeordnet, wenn der Gefahr besteht, dass sich die betreute Person durch die Teilnahme am Rechtsverkehr selbst Schaden zufügen. Der Einwilligungsvorbehalt bezieht sich daher meist auf den Aufgabenkreis der Vermögenssorge. Er bewirkt, dass der Betreute Rechtsgeschäfte, die Ihren Aufgabenkreis als Betreuer betreffen, nicht selbst wirksam vornehmen kann. Ausgenommen bleiben geringfügige Alltagsgeschäfte (z. B. Lebensmitteleinkäufe); diese kann der Betreute also auch dann wirksam erledigen, wenn für ihn ein Einwilligungsvorbehalt besteht, es sei denn, das Gericht hat etwas anderes bestimmt.

Willenserklärungen des Betreuens, für den ein Einwilligungsvorbehalt angeordnet ist, sind zunächst unwirksam, können aber von Ihnen nachträglich genehmigt werden. **Verweigern Sie die Genehmigung, bleibt es bei der Unwirksamkeit, ohne dass es einer gesonderten Erklärung durch Sie bedarf.** In diesem Fall sind bereits ausgetauschte Leistungen rückgängig zu machen, insbesondere die vom Betreuten bereits erbrachten Leistungen (z. B. Kaufpreiszahlungen) zurückzufordern.

Ist für Sie zweifelhaft, ob der Betreute noch einen freien Willen bilden kann und damit noch geschäftsfähig ist, so sollten Sie das Betreuungsgericht zu Rate ziehen und ggf. die Anordnung eines Einwilligungsvorbehaltes anregen. Dies gilt insbesondere, wenn der Betreute auffallend viele oder für ihn nachteilige Verträge abschließt und Sie den Eindruck haben, dass er die Tragweite und den Sinn seines Handelns nicht mehr erfassen kann. Machen Sie sich in diesem Zusammenhang aber bewusst, dass der Willensvorrang des Betreuten auch dazu führen kann, dass sich sein Vermögen im Laufe der Betreuung verringert. Solange ein ausreichender Vermögensstamm vorhanden ist und die vom Betreuten gewünschten Ausgaben seine finanzielle Absicherung nicht gefährden, sind auch kostenintensive Wünsche zu berücksichtigen. Die Erhaltung und Vermehrung des Vermögens entspricht nicht in jedem Fall dem Wohl und Willen des Betreuens.

**IV. Wichtige Aufgabenkreise**


Allgemein ist zu unterscheiden zwischen der **Sorge für die persönlichen Angelegenheiten** und der **Sorge für Vermögensangelegenheiten**. Die Sorge für die persönlichen Angelegenheiten umfasst insbesondere die Gesundheit des Betreuens und dessen medizinische Behandlung sowie die Sorge für den Aufenthaltsort und die Lebensgestaltung des Betreuten. Die Sorge für Vermögensangelegenheiten verpflichtet den Betreuer zur ordnungsgemäßen Verwaltung des Vermögens des Betreuten unter Berücksichtigung seiner Wünsche.

Sind Sie der Meinung, dass die in Ihrem Betreuerausweis vermerkten Aufgabenkreise bei der Erledigung Ihrer Aufgaben nicht ausreichen, sollten Sie dies dem Betreuungsgericht darlegen und eine Erweiterung der Aufgabenkreise anregen.

Die häufigsten Aufgabenkreise werden im Folgenden erläutert:
1. **Gesundheitssorge**

Der Aufgabenkreis der «Gesundheitssorge» umfasst im Kern die **Einwilligung in medizinische Behandlungen, die Vertretung beim Abschluss der zugrunde liegenden zivilrechtlichen Verträge zwischen Arzt und Betreuten sowie die Regelung der sozialversicherungsrechtlichen Beziehungen zwischen Arzt, Betreuten und Krankenkasse.**


Ist der Betreuter einwilligungsunfähig und liegt keine Patientenverfügung vor oder treffen die Festlegungen einer Patientenverfügung nicht auf die aktuelle Lebens- und Behandlungssituation zu, hat der Betreuter die Behandlungswünsche oder den mutmaßlichen Willen des Betreuten festzustellen und auf dieser Grundlage zu entscheiden, ob er in die ärztliche Maßnahme einwilligten oder sie untersagt. Zu berücksichtigen sind insbesondere frühere mündliche oder schriftliche Äußerungen, ethische oder religiöse Überzeugungen und sonstige persönliche Wertvorstellungen des Betreuten (§ 1901a BGB).

Als Betreuer bedürfen Sie der Genehmigung des Betreuungsgerichts, bevor Sie in eine Untersuchung des Gesundheitszustandes, eine Heilbehandlung oder einen ärztlichen Eingriff einwilligen bzw. die Einwilligung in eine dringend erforderliche Behandlung ablehnen, wenn die Gefahr besteht, dass der Betreuter

- aufgrund der Maßnahme oder der Nichtdurchführung der Maßnahme stirbt (zum Beispiel Risiko-Operation bei herzkrankem Patienten oder Nichtdurchführung einer lebenswichtigen Operation)
or
- einen schweren und länger andauernden Schaden erleidet (etwa durch eine Amputation oder die Ablehnung einer Amputation)

Dabei muss die Gefahr konkret und ernst sein: Allgemeine Risiken, wie sie etwa mit jeder Narkose verbunden sind, führen nicht zur Genehmigungsbedürftigkeit.

Eine Maßnahme darf in der Regel nur dann ohne Genehmigung des Betreuungsgerichts durchgeführt werden,

- wenn es wegen akuter Gefahr nicht mehr rechtzeitig eingeschaltet werden kann oder
- wenn zwischen dem Betreuter und dem behandelnden Arzt Einvernehmen darüber besteht, dass die Einwilligung dem in einer aktuell gültigen Patientenverfügung widersprochen und in der Praxis dem Art der Maßnahme nicht mehr gerecht wird.

Willen oder dem sorgfältig ermittelten mutmaßlichen Willen des Betreuten entspricht.

Bei Zweifeln, ob eine beabsichtigte ärztliche Maßnahme bzw. die Unterlassung einer ärztlichen Maßnahme der Genehmigung des Betreuungsgerichts bedarf, sollten Sie sich als Betreuer stets an das zuständige Betreuungsgericht wenden.


Lehnt der Betreute eine notwendige ärztliche Behandlung ab und können Sie und der behandelnde Arzt den Betreuten auch durch persönliche Gespräche nicht von der Notwendigkeit der ärztlichen Maßnahme überzeugen, kann ausnahmsweise zur Abwendung eines drohenden erheblichen gesundheitlichen Schadens eine Zwangsbehandlung in Betracht kommen. Als Betreuer dürfen Sie in eine ärztliche (Zwangs-)Maßnahme (z. B. notwendige Medikation, Diabetesbehandlung) im Rahmen der Unterbringung (vgl. hierzu ausführlich Seite 10) oder bei bettlägerigen, nicht aufgrund richterlichen Beschlusses »Untergebrachten« aber stationär (in der Klinik oder einem Heim) behandelten Betreuten nur dann einwilligen, wenn

1. der Betreute auf Grund einer psychischen Krankheit bzw. einer geistigen oder seelischen Behinderung die Notwendigkeit der ärztlichen Maßnahme nicht erkennen oder nicht nach dieser Einsicht handeln kann,
2. zuvor versucht wurde, den Betreuten von der Notwendigkeit der ärztlichen Maßnahme zu überzeugen,
3. die ärztliche Zwangsmaßnahme zum Wohl des Betreuten erforderlich ist, um einen drohenden erheblichen gesundheitlichen Schaden abzuwenden,
4. der erhebliche gesundheitliche Schaden durch keine andere Maßnahme abgewendet werden kann,
5. der zu erwartende Nutzen der ärztlichen Zwangsmaßnahme die zu erwartenden Beeinträchtigungen deutlich überwiegt und
6. das Betreuungsgericht die ärztliche Zwangsmaßnahme genehmigt hat.

2. Wohnungsangelegenheiten

Die Wohnung als Lebensmittelpunkt steht auch im Betreuungsrecht unter besonderem Schutz. Sie hat insbesondere für ältere Menschen eine herausragende Bedeutung, denn sie ist deren vertraute Umgebung und damit Anknüpfungspunkt für vielfältige soziale Kontakte.


Beachten Sie auch, dass Sie aufgrund des in der Verfassung verankerten besonderen Schutzes der Wohnung nicht ohne Weiteres berechtigt sind, die Wohnung des Betreuten gegen dessen Willen zu betreten. Verweigert der Betreute Ihnen den Zutritt, sollten Sie sich an das Betreuungsgericht wenden. Vermuten Sie eine aktuelle Gefahrensituation für den Betreuten, sollten Sie umgehend die Polizei informieren.

3. Aufenthaltsbestimmung

Der Aufgabenkreis »Aufenthaltsbestimmung« wird oft als Ergänzung für weitere Aufgabenbereiche angeordnet, etwa für die Gesundheitssorge. Er berechtigt den Betreuer zur Festlegung, wo sich die betreute Person aufhalten soll. Der Aufgabenkreis umfasst die Vertretung des Betreuten bei Aufrecht­erhaltung oder Wechsel des Wohnsitzes und Abschluss oder Kündigung von Mietverträgen (z. B. Heim­ oder Mietverträge).

Große Bedeutung hat die Frage nach der Aufnahme in ein Alten­, Pflege­ oder Wohnheim. Bei dieser schwierigen Entscheidung sollten Sie besonders beachten, dass

1. die Heimaufnahme grundsätzlich den Wünschen und dem Willen des Betroffenen entsprechen sollte,
2. alle Möglichkeiten einer ambulanten Pflege und Versorgung in der häuslichen Umgebung geprüft wurden,

Es empfiehlt sich, zum Inhalt des Heimvertrages Rat einzuholen. In den Beratungsstellen der Verbraucherzentrale können Sie einen Ratgeber erhalten, der über die Verbraucherrechte beim Abschluss des Heimvertrags und im Heim informiert.


Im Freistaat Sachsen obliegt dem Betreuer darüber hinaus die Erfüllung der Meldepflicht, wenn ihm der Aufgabenkreis der Aufenthaltsbestimmung zugewiesen wurde (§ 10 Abs. 3 Satz 3 Sächsisches Meldegesetz). Dies ist insbesondere im Falle eines Wohnungsuchwechsels bzw. einer Heimunterbringung des Betreuens zu beachten; hier müssen Sie den Wohnsitzwechsel gegenüber dem Einwohnermeldeamt anzeigen. Benötigt der Betreuter einen neuen Personalausweis, ist der Antrag ebenfalls durch den Betreuer zu stellen (§ 9 Abs. 2 Personalausweisgesetz).

4. Freiheitsentziehende Maßnahmen

Unsere Rechtsordnung stellt die Freiheit der Person unter besonderen Schutz. Sie darf nur unter strengen Voraussetzungen eingeschränkt werden.


a) Unterbringung

Eine Unterbringung kann sowohl nach zivilrechtlichen als auch nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften erfolgen.


Davon zu unterscheiden ist die zivilrechtliche (betreuungsrechtliche) Unterbringung, die sich ausschließlich am Wohl des Betreuens orientiert und nur bei einer Selbstgefährdung des Betreuens in Betracht kommt (§ 1906 Abs. 1 BGB). Die Veranlassung einer zivilrechtlichen Unterbringung obliegt allein Ihnen als Betreuer. Als Betreuer bedürfen Sie der Genehmigung des Betreuungsgerichts, wenn Sie den Betreuten
in einer geschlossenen Einrichtung (z. B. in einem psychiatrischen Krankenhaus oder in der geschlossenen Abteilung für Demenzkranke in einem Pflegeheim) unterbringen wollen. Eine geschlossene Unterbringung ist nur zulässig, wenn:

- beim Betreuter aufgrund einer psychiatrischen Krankheit bzw. geistigen oder seelischen Behinderung Suizidgefahr oder die Gefahr besteht, dass er sich einen erheblichen gesundheitlichen Schaden zufügt oder
- beim Betreuten zur Abwendung eines drohenden erheblichen gesundheitlichen Schadens eine Untersuchung des Gesundheitszustands, eine Heilbehandlung oder ein ärztlicher Eingriff notwendig ist, ohne die Unterbringung nicht durchgeführt werden kann und der Betreuter wegen seiner Krankheit oder Behinderung die Notwendigkeit der Unterbringung nicht erkennen oder nicht nach dieser Einsicht handeln kann.

Eine Ausnahme besteht nur dann, wenn mit einem Aufschub der Unterbringung Gefahr verbunden wäre. Die Genehmigung muss dann aber unverzüglich nachgeholt werden (§ 1906 Abs. 2 BGB).

Der Betreuer hat die Unterbringung zu beenden, wenn ihre Voraussetzungen entfallen, zum Beispiel die Selbsttötungsgefahr nicht mehr besteht. Er braucht zur Beendigung der Unterbringung nicht die Genehmigung des Betreuungsgerichts. Bei Zweifeln kann er sich allerdings vom Betreuungsgericht beraten lassen. Beendet der Betreuer die Unterbringung, so hat er dies dem Betreuungsgericht alsbald anzuzeigen.

Liegen die oben genannten Unterbringungsvoraussetzungen nicht vor, dürfen Sie als Betreuer den Betreuten nicht unterbringen. Das Betreuungsrecht lässt es auch nicht zu, dass ein Betreuter bei Fremdgefährdung den Betreuten zum Schutz Dritter unterbringt. Solche »polizeirechtlichen Unterbringungen« richten sich vielmehr nach dem Sächsischen Gesetz über die Behinderung die Notwendigkeit der Unterbringung nicht erkennen oder nicht nach dieser Einsicht handeln kann.

Voraussetzungen entfallen, zum Beispiel die Selbsttötungsgefahr nicht mehr besteht. Er braucht zur Beendigung der Unterbringung nicht die Genehmigung des Betreuungsgerichts. Bei Zweifeln kann er sich allerdings vom Betreuungsgericht beraten lassen. Beendet der Betreuer die Unterbringung, so hat er dies dem Betreuungsgericht alsbald anzuzeigen.

Ob die medizinischen Voraussetzungen der Unterbringung vorliegen, sollten Sie unbedingt mit den behandelnden Ärzten oder Psychologen besprechen.


b) Unterbringungssähnliche Maßnahmen

Auch außerhalb einer geschlossenen Einrichtung können in Anstalten, Heimen oder sonstigen Einrichtungen – also etwa in einem Krankenhaus oder einem Pflegeheim – Maßnahmen ergriffen werden, die die Bewegungsfreiheit genauso beschränken wie eine Unterbringung. Zu diesen unterbringungssähnlichen Maßnahmen zählt das Anbringen mechanischer Vorrichtungen wie Bettgitter, Fixierungen und das Anbinden mit einem Bauchgurt im Bett oder am Stuhl sowie die Gabe von Medikamenten, die gezielt die Bewegungsfreiheit einschränken sollen. Die Ausführungen für die betreuungsrechtliche Unterbringung auf den Seiten 10 ff gelten für diese unterbringungssähnlichen Maßnahmen (§ 1906 Abs. 4 BGB) entsprechend.


5. Vertretung vor Ämtern und Behörden


6. Vermögenssorge

Dieser Aufgabenkreis wird in der Praxis sehr häufig angeordnet. Um Ihnen den Zugang zu Fragen der Vermögensverwaltung und der Rechnungslegung zu erleichtern, finden Sie am Ende der Broschüre (ab Seite 24) anhand eines Beispielsfalles ausgefüllte Musterformulare zur Vermögenssorge.

a) Allgemeines

Der Aufgabenkreis umfasst insbesondere:

- die Sicherung der regelmäßigen Einnahmen,
- die Verwaltung von Konten (Girokonten, Sparguthaben, Wertpapieren etc.),
- die Verwaltung beweglicher Sachen und Immobilien,
- die Schuldenregulierung.

Dabei kann die Vermögenssorge insgesamt oder die Besorgung einzelner Vermögensangelegenheiten (z. B. die Verwaltung einer Immobilie) übertragen werden.
Beachten Sie, dass Ihre Vermögensverwaltungsbeauftragung als Betreuer lediglich neben die des Betreuens tritt, solange dieser geschäftsfähig ist und auch kein Einwilligungsverbot angeordnet wurde. Sie haben daher in Absprache mit dem Betreuten zunächst zu entscheiden, welche Vermögensgegenstände Sie ihm zur eigenverantwortlichen Verwaltung überlassen. Dabei ist der Wunsch und der Wille des Betreuens zu entsprechen, soweit dies seinem Wohl nicht zuwiderläuft (§ 1901 Abs. 2 und 3 BGB).


Damit sich alle Geldbewegungen nachverfolgen lassen, müssen Sie sämtliche Verfügungen über das Geld des Betreuens dokumentieren. Dies gilt auch für Barauszahlungen an den Betreuten, die Sie sich quittieren lassen sollten. Sonstige Zahlungen sollten Sie in Ihrem eigenen Interesse möglichst aus- schließlich über ein Girokonto des Betreuens abwickeln, um eine lückenlose Dokumentation zu ermöglichen.

b) Ermittlung des Vermögens/Vermögensverzeichnis


Gehen Sie bei der Feststellung der wirtschaftlichen Verhältnisse wie folgt vor:

- **Stellen Sie fest, welche Vermögenswerte der Betreute besitzt.** Das wird nicht immer einfach sein. Soweit eine Verständigung mit dem Betreuten möglich ist, können Sie über diesen die vorhandenen Vermögenswerte erfahren. Auch frühere Steuererklärungen oder die Befragung von Verwandten können Anhaltspunkte für die Vermögensverhältnisse ergeben. Mitunter kann eine Durchsuchung der Wohnung nach vermögensrelevanten Unterlagen oder Wertgegenständen erforderlich sein, die Sie aber grundsätzlich nicht gegen den Willen des Betreuens durchführen dürfen und zu der Sie Zeugen (z.B. Angehörige, Nachbarn des Betreuens) hinzuziehen sollten.

- **Prüfen Sie, ob Konten, Sparbücher etc. vorhanden sind und ermitteln Sie die Kontostände zum Stichtag Ihrer Betreuerbestellung.** Erkundigen Sie sich bei der Bank zugleich nach bestehenden Daueraufträgen, Einzugsermächtigungen und Kontovollmachten und sichern Sie die Konten gegen den Zugriff Dritter (dazu näher im nachfolgenden Abschnitt c).

- **Planen Sie auch die letzten Kontoauszüge danach durch, ob größere Geldbewegungen stattgefunden haben – unter Umständen besteht ein Rückforderungsanspruch, weil der Betreute bei diesen Überweisungen (schon) geschäftsunfähig war.**

- **Wenn Sie feststellen, dass der Betreute über Lebensversicherungen oder Bausparverträge verfügt, erfragen Sie bei dem Versicherer bzw. der Bausparkasse den Kapitalstand.**

- **Ermitteln Sie die laufenden Einnahmen des Betreuens.** Denken Sie dabei insbesondere an diese Ansprüche:
  - Arbeitslosengeld I oder Arbeitslosengeld II (»Hartz IV«; zuständig sind die Arbeitsagentur bzw. das Jobcenter),
  - Rente, insbesondere Erwerbsminderungsrente (Auskunft erteilt die Beratungsstelle des Rentenversicherungsträgers),
  - Sozialhilfe; hier können auch Hilfen zur Gesundheit und zur Pflege sowie Leistungen der Alten- und Blinden­hilfe gewährt werden (zuständig ist das Sozialamt des Landkreises/des kreisfreien Stadt);
  - Heimbewohner können Anspruch auf einen angemessenen Barbetrag zur persönlichen Verfügung (»Taschengeld«) haben – hierzu erhalten Sie bei den Betreuungsgerichten ein Merkblatt,
  - Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen (nach § 60 Sozialgesetzbuch IX sollen Betreuer den Behinderten Betreuen einer gemeinsamen Service­stelle oder einem Arzt zur Beratung über geeignete Leistungen vorstellen; örtliche Service­stellen finden Sie im Internet unter www.reha-service­stellen.de),
  - Pflegegeld (zuständig ist die Pflegekasse der Krankenkassen),
  - Wohngeld (zuständig ist die Wohngeldstelle des Landkreises/des kreisfreien Stadt).

- **Prüfen Sie im Zusammenhang mit der Feststellung, dass der Betreute solche Zahlungen erhält, für welchen Zeitraum diese bewilligt sind; ggfs. ist eine erneute Antragstellung erforderlich.**

- **Prüfen Sie auch, ob dem Betreuten Unterhaltsansprüche oder erbrechtliche Ansprüche zustehen.**

- **Klären Sie, welche Zahlungsverpflichtungen den Betreuten treffen.** Dazu können Sie notfalls auch eine Selbstauskunft des Betreuens bei der SCHUFA (Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung) einholen.


c) Sicherung und Verwaltung des Vermögens/Schuldenregulierung

Die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel sollten Sie so einsetzen, dass der Betreute nach Möglichkeit seinen gewohnten Lebensstandard beibehalten kann. Im Vordergrund der Vermögenssorge steht nicht eine Vermehrung des Vermögens. Wünscht der Betreute Ausgaben, die seinen Vermögensstamm angreifen, ohne seine finanzielle Sicherheit zu gefährden, ist auch dieser Wunsch zu respektieren.


Hat der Betreute Lebensversicherungen oder Bausparverträge abgeschlossen, prüfen Sie, ob er das angesparte Kapital zum Lebensunterhalt benötigt. Dann ist eine Kündigung der betreffenden Verträge zu erwägen. Sie bedarf gem. §§ 1812, 1908i Abs. 1 BGB der Genehmigung des Betreuungsgerichts.


Bei der Verwaltung bedeutender Vermögenswerte werden Sie in der Regel auf professionelle Hilfe (bspw. einer Steuerberatung oder einer Hausverwaltung) angewiesen sein.


Schenkungen aus dem Vermögen der betreuten Person sind grundsätzlich nicht zulässig (§§ 1804, 1908i Abs. 1 BGB). Von diesem Schenkungsverbot ausgenommen sind Anstandsschenkungen (Geschenke zu Geburtstagen, Weihnachten, Hochzeit etc.) und »Gelegenheitsgeschenke« (z.B. für Geschäftspartner oder Pflegepersonal), soweit sie den Wünschen des Betreuten entsprechen und nach seinen Lebensverhältnissen üblich sind.

Zu Ihren Aufgaben als Vermögensverwalter gehört auch die Abgabe von Steuererklärungen bzw. die Beantragung einer Nichtveranlagungsbescheinigung beim Finanzamt. Klären Sie, ob der Betreute in der Vergangenheit alle erforderlichen Steuererklärungen abgegeben hat und ob aktuell die Pflicht zur Abgabe von Steuererklärungen besteht.
Werden gegen den Betreuten Forderungen erhoben, kann es geboten sein, Rat bei einem Rechtsanwalt einzuholen, um zu überprüfen, ob die Verbindlichkeit wirklich besteht. Möglicherweise war der Betreute bei Abschluss des die Schuld begründenden Vertrages gar nicht mehr geschäftsfähig.

Für finanziell bedürftige Betreute gibt es auch die Möglichkeit, sich für eine grundsätzlich kostenlose Erstberatung an eine anwaltliche Beratungsstelle zu wenden. Die Beratungsstellen finden Sie unter: https://www.justiz.sachsen.de/content/2487.htm


d) Rechnungslegungspflicht


Die erste Rechnungslegung schließt sich an das Vermögensverzeichnis an, die späteren Rechnungslegungen an die jeweils vorausgegangene Rechnungslegung. Endet die Betreuung oder erfolgt ein Betreuerwechsel, ist eine Schlussrechnung zu erstellen (§§ 1890, 1908 Abs. 1 BGB), die an die vorherige Rechnungslegung anschließt und bis zum Ende der Betreuung reicht. Für die Betreuung durch bestimmte Familienangehörige gelten Erleichterungen, die sogleich dargestellt werden. Am Ende der Broschüre (ab Seite 29) finden Sie Tipps und Anleitungen zur Erstellung der Rechnungslegung und ein ausgefülltes Muster.

e) Befreite Betreuer

Ist der Betreuer der Vater, die Mutter, der Ehegatte oder ein Abkömmling (Kind, Enkel, Urenkel usw.) des Betreuens, bestehen Erleichterungen bei der Rechnungslegungspflicht, sofern das Gericht nicht Abweichendes anordnet (§§ 1857a, 1908 Abs. 2 Satz 2 BGB).


f) Entlastung

Im Falle der Aufhebung der Betreuung kann der vormalige Betreuer auf die Vorlage und Prüfung der Schlussrechnung verzichten. Im Todesfall können die Erben eine solche Entlastungserklärung abgeben. Legt eine wirksame Entlastung für den Betreuer vor, ist er auch gegenüber dem Betreuungsgericht nicht mehr zur Schlussrechnung verpflichtet.

7. Post- und Fernmeldeverkehr

Das von Grundgesetz und sächsischer Verfassung garantierte Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis gilt auch zwischen Betreuten und Betreuer. Entgegennahme, Öffnen und Anhalten der Post sowie Entscheidungen über den Fernmeldeverkehr sind Ihnen ohne Einwilligung des Betreuten nur gestattet, wenn das Gericht Ihnen diesen Aufgabenkreis ausdrücklich zugewiesen hat (§ 1896 Abs. 4 BGB). In der Regel wird der Betreute ohnehin bereit sein, an ihn adressierte Post gemeinsam mit Ihnen zu öffnen, zu lesen und zu besprechen. Ist dies jedoch nicht der Fall oder ist der Betreute nicht in der Lage, die Post zu verwahren und Ihnen zugänglich zu machen, können Sie Ihre Betreueraufgaben (etwa die Vermögenssorge) nicht wirksam wahrnehmen. In diesen Fällen ist die Anordnung dieser zusätzlichen Befugnis erforderlich und sollte daher von Ihnen bei Gericht angeregt werden.

Die Aufgabe »Entgegennahme, Öffnen und Anhalten der Post« kann Sie insbesondere berechtigen,
- Briefe, Pakete und Postsendungen entgegenzunehmen und zu öffnen, nötigenfalls auch an den Absender zurückzusenden,
- zu verhindern, dass der Betreute Briefe versendet (oder mit bestimmten Stellen, die die Rechte des Betreuten wahren sollen – etwa das Betreuungsgericht oder der für den Betreuten bestellte Verfahrenspfleger – darf allerdings nicht beschränkt werden),
- die Post oder ein Heim, in dem der Betreute lebt, aufzufordern, Ihnen alle an den Betreuten gerichteten Briefe auszuhändigen,
- Nachsendeanträge zu stellen.

V. Aufsicht durch das Betreuungsgericht und Berichtspflichten

Als Betreuer stehen Sie unter der Aufsicht des Betreuungsgerichts (§ 1837 Abs. 1, 1908i Abs. 1 BGB). Neben der Möglichkeit, sich durch das Gericht beraten zu lassen, werden hierdurch auch Berichts- und Meldepflichten begründet:


- Unabhängig vom übertragenen Aufgabenkreis hat der Betreuer das Betreuungsgericht mindestens einmal jährlich über die persönlichen Verhältnisse des Betreuten zu unterrichten (§§ 1840 Abs. 1, 1908i Abs. 1 BGB). Das Gericht wird diesen Bericht durch Übersendung eines entsprechenden Formulars jährlich bei Ihnen anfordern. Ein Muster finden Sie am Ende der Broschüre ab Seite 30.

- Zur Vornahme bestimmter Rechtsgeschäfte ist eine Genehmigung des Betreuungsgerichts erforderlich (dazu ab Seite 16).

- Ergeben sich im Verlauf des Betreuungsverfahrens Änderungen (z.B. die Notwendigkeit der Übertragung weiterer Aufgabenkreise, der Wegfall des Betreuungsbedarfs insgesamt oder für einen bestimmten Bereich oder die Notwendigkeit der Anordnung, Beschränkung oder Aufhebung eines Einwilligungsvorbehaltes), sind diese dem Betreuungsgericht mitzuteilen (§§ 1901 Abs. 5, 1903 Abs. 4 BGB).

- Auf Verlangen des Betreuungsgerichts hat der Betreuer außerdem jederzeit Auskunft über die Führung der Betreuung sowie die persönlichen Verhältnisse des Betreuten zu erteilen (§§ 1839, 1908i Abs. 1 BGB).


VI. Genehmigungspflichtige Maßnahmen

Für Rechtsgeschäfte und Rechtshandlungen, die für den Betreuten von besonderer Bedeutung sind, verlangt das Gesetz eine Genehmigung durch das Betreuungsgericht. Fehlt die Genehmigung, ist Ihre Erklärung grundsätzlich nicht wirksam.


Gegenseitige Rechtsgeschäfte (Verträge), die Sie ohne die erforderliche Genehmigung vornehmen, sind grundsätzlich schwierig unwirksam. Das Rechtsgeschäft kann aber durch eine nachträgliche Genehmigung des Betreuungsgerichts geheilt werden (§§ 1829, 1908i Abs. 1 BGB). Erteilt das Gericht
die Genehmigung nicht, bleibt das Rechtsgeschäft unwirksam. Daher ist in derartigen Fällen der Vertragspartner schon vorab auf die bestehende Betreuung und den Genehmigungsverbehalt aufmerksam zu machen. Der Vertrag sollte ausdrücklich unter dem Vorbehalt der betreuungsgerichtlichen Genehmigung abgeschlossen werden.

Nicht zuletzt aus haftungsrechtlichen Gründen sollten Sie vor der Vornahme eines Rechtsgeschäfts rechtzeitig das Betreuungsgericht schriftlich informieren und die Erteilung der Genehmigung nicht, bleibt das Rechtsgeschäft unwirksam.

Für den Fall des Nichtvorliegens einer bindenden Patientenverfügung kommt es auf die Behandlungswünsche oder den mutmaßlichen Willen des Betroffenen gemäß § 1901a Abs. 2 BGB, was anhand konkreter Anhaltspunkte zu ermitteln ist, an. Sofern Sie und der behandelnde Arzt Einvernehmen darüber erzielen können, dass die beabsichtigte Maßnahme dem Willen des Betroffenen entspricht, ist eine Genehmigung ebenfalls entbehrlich. Auch empfiehlt es sich, die Tatsachen und das Ergebnis der gemeinsamen Verständigung mit dem behandelnden Arzt zu dokumentieren. Bei Meinungsverschiedenheiten oder sofern einer der Handelnden auch nur geringste Zweifel daran hat, ob das geplante Vorgehen dem Willen des Betreuten entspricht, ist das Betreuungsgericht anzurufen.

Einwilligung in Sterilisation (§ 1905 BGB),
Einwilligung in zwangswisweise durchgeführte ärztliche Behandlung (§ 1906a BGB, vgl. näher Seite 9).

In bestimmten Fällen kann das Gericht auch eine allgemeine Ermächtigung zur Vornahme eigentümlich genehmigungspflichtiger Rechtsgeschäfte erteilen (§§ 1825, 1908i Abs. 1 BGB). Dies kommt aber nur in Betracht, soweit die Vermögensverwaltung ohne Ermächtigung sinnvoll nicht möglich ist, etwa im Fall der Fortführung eines Erwerbsgeschäfts des Betreuten.

Die nachfolgende Aufstellung genehmigungspflichtiger Angelegenheiten soll Ihnen einen Überblick über die einzelnen Genehmigungsverwaltungen bieten. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Um eine bessere Orientierung zu ermöglichen, ist sie nach Aufgabenkreisen und Sachgebieten gegliedert. Wenden Sie sich in Zweifelsfällen stets an das Betreuungsgericht.

Genehmigungspflichtig sind:

1. Aufgabenkreis Vermögenssorge
   - Einwilligung in gefährliche Untersuchungen, Heilbehandlungen oder ärztliche Eingriffe (§ 1904 Abs. 1 BGB) sowie Nichteinwilligung oder Widerruf der Einwilligung in eine Untersuchung des Gesundheitszustands, eine Heilbehandlung oder einen ärztlichen Eingriff, wenn mit der Entscheidung die Gefahr eines schweren Gesundheitsschadens oder sogar des Todes einhergeht (§ 1904 Abs. 2 BGB); liegt eine Patientenverfügung vor und besteht zwischen Ihnen und dem behandelnden Arzt Einvernehmen darüber, dass die beabsichtigte Maßnahme dem in der Patientenverfügung niedergelegten Willen des Betreuten entspricht, ist aber keine Genehmigung erforderlich (§ 1904 Abs. 4 BGB); auch bei einem medizinischen Notfall ist grundsätzlich keine Genehmigung erforderlich, wenn andernfalls erhebliche gesundheitliche Nachteile oder gar der sonst vermeidbare Tod des Betreuten droht (vgl. näher Seite 8).

   - Für den Fall des Nichtvorliegens einer bindenden Patientenverfügung kommt es auf die Behandlungswünsche oder den mutmaßlichen Willen des Betroffenen gemäß § 1901a Abs. 2 BGB, was anhand konkreter Anhaltspunkte zu ermitteln ist, an. Sofern Sie und der behandelnde Arzt Einvernehmen darüber erzielen können, dass die beabsichtigte Maßnahme dem Willen des Betroffenen entspricht, ist eine Genehmigung ebenfalls entbehrlich. Auch empfiehlt es sich, die Tatsachen und das Ergebnis der gemeinsamen Verständigung mit dem behandelnden Arzt zu dokumentieren. Bei Meinungsverschiedenheiten oder sofern einer der Handelnden auch nur geringste Zweifel daran hat, ob das geplante Vorgehen dem Willen des Betreuten entspricht, ist das Betreuungsgericht anzurufen.

   - Einwilligung in Sterilisation (§ 1905 BGB),
   - Einwilligung in zwangswisweise durchgeführte ärztliche Behandlung (§ 1906a BGB, vgl. näher Seite 9).

Achtung: Für befreite Betreuer gelten Erleichterungen (vgl. Seite 14).

b) Abschluss bestimmter Vertragsangelegenheiten
   - Vertrag betreffend Erwerbsgeschäfte (§§ 1822 Nr. 3, 1908i Abs. 1 BGB),
   - Pachtvertrag für Gewerbebetrieb (§§ 1822 Nr. 4, 1908i Abs. 1 BGB),
   - Lehr- oder Arbeitsvertrag, wenn der Betreute länger als ein Jahr verpflichtet wird (§§ 1822 Nr. 6 und 7, 1908i Abs. 1 BGB),
   - Kreditaufnahme (§§ 1822 Nr. 8, 1908i Abs. 1 BGB); dazu zählt auch die Einrichtung oder Nutzung eines Girokontos mit Überziehungsmöglichkeit (Dispositionschaft),
   - Übernahme fremder Verbindlichkeit, Bürgschaft (§§ 1822 Nr. 10, 1908i Abs. 1 BGB),
   - Verträge, durch die der Betreute zu wiederkehrenden Leistungen für länger als vier Jahre verpflichtet werden soll, z.B. Abschluss einer Lebensversicherung oder eines Mietvertrages (§ 1907 Abs. 3 BGB).

c) Grundstücksangelegenheiten
   - Verfügung über ein Grundstück oder ein Recht an einem Grundstück, z.B. Nießbrauch, Vorkaufsrecht, Dienstbarkeit (§§ 1821 Abs. 1 Nr. 1, 1908i Abs. 1 BGB),
Verhinderung des Betreuers

Haben Sie Urlaub oder können Sie aus anderen Gründen (z. B. wegen einer Erkrankung oder eines beruflich veranlassten Auslandsaufenthaltes) vorübergehend Ihre Betreueraufgaben nicht wahrnehmen, sollten Sie das Betreuungsgericht informieren. Es kann für die Dauer Ihrer Verhinderung einen Ersatzbetreuer bestellen (§ 1899 Abs. 4 BGB), falls dies notwendig erscheint. Sie können aber auch einen Dritten (möglichst Angehörige oder Bezugspersonen) beauftragen, nach dem Betreuten zu sehen. Zur Vornahme einzelner Hilfstätigkeiten können Sie zudem Dritten eine Untervollmacht erteilen.

Versicherungsschutz für ehrenamtliche Betreuer

Es kann vorkommen, dass Sie in Ausübung Ihrer Betreuertätig- keit dem Betreuten oder einem Dritten einen Schaden zufügen. Wegen dieser Haftungskosten hat der Freistaat Sachsen eine Sammelhaftpflichtversicherung für ehrenamtliche Betreuer abgeschlossen (dazu 1.). Für den Fall, dass Sie in Ausübung Ihres Amtes einen Unfall haben und dabei einen Personenschaden erleiden, besteht eine gesetzliche Unfallversicherung; zudem hat der Freistaat eine Sammelunfallversicherung für ehrenamtlich Tätige abgeschlossen (dazu 2.).

Auch wenn die Regulierung des Schadens nicht durch das Betreuungsgericht erfolgt, sollten Sie eingetretene Schadsfälle umgehend dem Gericht melden.

1. Haftpflichtschäden

Mit Ihrer Bestellung sind Sie, ohne dass Sie weitere Erklärungen abgeben müssen, bei Ihrer Tätigkeit als ehrenamtlicher Betreuer haftpflichtversichert. Das Sächsische Staatsministerium der


Der Versicherungsschutz unterliegt verschiedenen Einschränkungen. Kein Versicherungsschutz besteht insbesondere für Schäden,

- die durch den Gebrauch von Kraftfahrzeugen verursacht werden,
- die aus Kalkulations-, Spekulations- oder Organisationstätigkeiten herrühren,
- die entstehen, weil Versicherungsverträge nicht oder nicht ordnungsgemäß abgeschlossen, erfüllt oder fortgeführt werden; dieser Ausschluss gilt nicht für Schäden, die entstanden sind, weil der Abschluss einer freiwilligen gesetzlichen Krankenversicherung oder – wenn eine Versicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung nicht möglich war – einer privaten Krankenversicherung versäumt wurde,
- die durch vorsätzliche Verletzungen von Sorgfaltspflichten entstanden sind.

Weitere Einzelheiten zu Voraussetzungen und Umfang der Versicherungsleistungen können Sie bei der Ecclesia Versicherungsdienst GmbH erfragen:

Ecclesia Versicherungsdienst GmbH
Klingenbergerstraße 4, 32758 Detmold
Tel.: 05231 603-0
Fax: 05231 603-191
E-Mail: info@ecclesia.de
Internet: www.ecclesia.de.


2. Unfallschäden


Die gesetzliche Unfallversicherung übernimmt insbesondere die Kosten für Heilbehandlung, Rehabilitationsmaßnahmen und Pflege und zahlt auch Unfallrenten, wenn eine vollständige Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit nicht möglich ist. In Schadensfällen ist Ihr Ansprechpartner die Unfallkasse Sachsen
Rosa-Luxemburg-Str. 17a, 01662 Meißen
Tel.: 03521 724-0
Internet: www.unfallkassesachsen.de.


Auch bei den Unfallschäden gilt, dass Sie zur Vermeidung von Haftungsausschlüssen den Schadensfall unverzüglich dem Betreuungsgericht, der gesetzlichen Unfallkasse und ggf. der Ecclesia Versicherungsdienst GmbH anzeigen sollten.
IX. Aufwandsentschädigung und Aufwendungsersatz


Der Anspruch auf Ersatz bzw. Entschädigung richtet sich zunächst gegen den von Ihnen Betreuten, solange er über hinreichende Finanzmittel verfügt. Ist er hingegen mittellos, haben Sie einen entsprechenden Anspruch gegen die Staatskasse (§§ 1908i Abs. 1, 1835 Abs. 4, 1835a Abs. 3 BGB). Der Betreute gilt als mittellos, wenn sein Einkommen und sein Vermögen die Freigrenzen der Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen nicht übersteigen (§§ 1836c, 1836d BGB, §§ 85ff, 90 SGB XII). Diese Freigrenzen hängen von den Umständen des Einzelfalls ab. Bezogen auf das Vermögen betragen sie in der Regel 2.600 EUR, verändern sich aber etwa beim Vorhandensein unterhaltspflichtiger Personen oder getrennt lebender Ehepartner; fragen Sie nötigenfalls das Betreuungsgericht.


Beachten Sie, dass die Geltendmachung der pauschalen Aufwandsentschädigung fristgebunden ist. Es handelt sich um eine Auschlussfrist, die durch das Gericht nicht verlängert und nach deren Ablauf der Anspruch nicht mehr geltend gemacht werden kann. Der Anspruch erlischt, wenn er nicht binnen 3 Monaten nach Ablauf des Jahres geltend gemacht wird, in dem er entstanden ist. Er muss also bis zum 31. März des folgenden Kalenderjahres geltend gemacht werden (§§ 1835a Abs. 4, 1908i Abs. 1 BGB). Maßgeblich ist der Eingang des Antrags bei Gericht.

Demgegenüber erlischt der konkret berechnete Aufwendungsersatz-anspruch, wenn er nicht binnen 15 Monaten nach seiner Entstehung gerichtlich geltend gemacht wird (§§ 1835 Abs. 1, 1908i Abs. 1 BGB). Das Betreuungsgericht kann gem. § 1835 Abs. 1a BGB eine andere Frist bestimmen bzw. die Frist verlängern.

Ist der Betreute nicht mittellos, richtet sich der Anspruch also gegen den Betreuten selbst, die oben genannte Frist gilt ebenfalls. Ist Ihnen also der Aufgabenbereich der Vermögenssorge zugewiesen, so müssen Sie den jeweiligen Betrag innerhalb der genannten Fristen dem Vermögen des Betreuten entnehmen (und dies anschließend in die jährliche Abrechnung aufnehmen).

Für die Aufwandsentschädigung gilt im Rahmen der Einkommenssteuer ein Freibetrag von derzeit 2.400 EUR (§ 3 Nr. 26b Einkommensteuergesetz). Näheres können Sie beim zuständigen Finanzamt erfragen.


X. Tod des Betreuten und sonstige Fälle der Beendigung der Betreuung


Wenn die Erben nicht bekannt sind, aber Handlungsbedarf hinsichtlich des Nachlasses besteht oder ein größerer Nachlass vorhanden ist (beispielsweise Grundstücke), sollten Sie beim Nachlassgericht eine Nachlasspflegschaft anregen. Sind (noch) keine Erben bekannt und kein Nachlasspfleger bestellt, können Sie sich zur Klärung des Verbleibs des Nachlasses an das Ordnungsamt am letzten Wohnsitz des Betreuten wenden. Ausnahmsweise können Sie unaufschließbare Maßnahmen im Wege der Notgeschäftsleitung durchführen, wenn Gefahr im Verzug ist, etwa weil die Erben unbekannt sind und ein Nachlasspfleger noch nicht bestellt ist (z.B. Beauftragung einer Notreparatur wegen eines Wasserrohrbruchs).


Folgende Dinge sollten Sie nach dem Tod des Betreuten veranlassen:

- Informieren Sie sofort das Betreuungsgericht und die Angehörigen/Erben. Fügen Sie der Information an das Gericht eine Kopie der Sterbeurkunde bei. Erhalten Sie keine Sterbeurkunde, unterrichten Sie das Betreuungsgericht hiervon.
- Übergeben Sie Unterlagen und Gegenstände, die dem Betreuten gehörten, den Erben bzw. dem Nachlasspfleger gegen Quittung. War die Vermögensverwaltung übertragen, ist zu beachten, dass Sie die Rechnungslegungsunterlagen noch zur Erstellung der Schlussrechnung benötigen. Ggf. sollten Sie daher Kopien fertigen.
- Geben Sie den Betreuerausweis an das Betreuungsgericht zurück.
- Legen Sie gegenüber dem Betreuungsgericht eine Schlussrechnung, wenn Ihnen die Vermögenssorge übertragen war und die Erben keine Entlastungserklärung abgeben haben. Auch »befreite« Betreuer müssen eine Schlussrechnung legen.


XI. Kosten des Betreuungsverfahrens


Die Mindestgebühr beträgt derzeit 200 EUR pro Jahr. Ist vom Aufgabenkreis des Betreuers nicht die Vermögenssorge erfasst, beschränkt sich der Wirkungskreis beispielsweise auf das Aufenthaltsbestimmungsrecht, bestimmt sich die Gebühr zwar auch nach dem Vermögen des Betreuten, beträgt aber maximal 300 EUR.

Zur Festsetzung der Gerichtsgebühren ist es deshalb erforderlich, das Vermögen des Betreuten zum Beginn jedes Kalenderjahrs zumindest schätzungsweise zu ermitteln. Das Gericht wird Sie
dazu – im Rahmen der jährlichen Berichtspflicht – auch dann um entsprechende Angaben bitten, wenn Ihnen die Vermögenssorge nicht übertragen ist.

Neben der Gebühr werden die Auslagen des Gerichts (z.B. für Sachverständigeneinschätzung, Reisekosten, Dokumentenpauschale) in Rechnung gestellt.

Der Betreute hat auch die Kosten eines für ihn bestellten Verfahrenspflegers zu tragen, wenn sein Vermögen Freigrenzen übersteigt, die von den Umständen des Einzelfalls abhängen.

XII. Praktische Hilfen

1. Ansprechpartner und Hilfsangebote für ehrenamtliche Betreuer

Hilfe bei Ihrer Tätigkeit können Sie bei verschiedenen Stellen erlangen:


Außerdem sind gemäß § 4 Betreuungsbehörden gesetz die Betreuungsbehörden zur Beratung und Unterstützung der Betreuer verpflichtet. Die örtlichen Betreuungsbehörden befinden sich bei dem für den Wohnsitz des Betreuten zuständigen Landratsamt bzw. bei der kreisfreien Stadt. Sie können Ihnen insbesondere durch die aktive Vermittlung sozialer Dienste für den Betreuten helfen. Die sächsischen Behörden erreichen Sie wie folgt:

Stadt Chemnitz
Betreuungsbehörde
Annaberger Straße 93
09120 Chemnitz

Stadt Dresden
Betreuungsbehörde
Lingnerallee 3
01069 Dresden

Stadt Leipzig
Betreuungsbehörde
Prager Straße 118–136
04317 Leipzig

Landratsamt Bautzen
Betreuungsbehörde
Bahnhofstraße 9
02625 Bautzen

Landratsamt Erzgebirgskreis
Betreuungsbehörde
Wettinerstraße 64
08280 Aue

Landratsamt Görlitz
Betreuungsbehörde
Georgewitzer Straße 58
02708 Löbau

Landratsamt Leipzig
Betreuungsbehörde
Stauffenbergstraße 4, Haus 6
04552 Borna

Landratsamt Meißen
Betreuungsbehörde
Remonteplatz 8
01558 Großenhain

Landratsamt Erzgebirgskreis
Betreuungsbehörde
Frauensteiner Straße 43
09599 Freiberg

Landratsamt Mittelsachsen
Betreuungsbehörde
Schlossstraße 27
04860 Torgau

Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Betreuungsbehörde
Schloßhof 2/4, Haus SF
01796 Pirna

Landratsamt Vogtlandkreis
Betreuungsbehörde
Postplatz 5
08523 Plauen

Landratsamt Zwickau
Betreuungsbehörde
Werdauer Straße 62
08056 Zwickau

Landratsamt Mittelsachsen
Betreuungsbehörde
Frauensteiner Straße 43
09599 Freiberg

Landratsamt Vogtlandkreis
Betreuungsbehörde
Postplatz 5
08523 Plauen

Landratsamt Zwickau
Betreuungsbehörde
Werdauer Straße 62
08056 Zwickau

Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Betreuungsbehörde
Schloßhof 2/4, Haus SF
01796 Pirna

Landratsamt Mittelsachsen
Betreuungsbehörde
Frauensteiner Straße 43
09599 Freiberg

Landratsamt Vogtlandkreis
Betreuungsbehörde
Postplatz 5
08523 Plauen

Landratsamt Zwickau
Betreuungsbehörde
Werdauer Straße 62
08056 Zwickau

Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Betreuungsbehörde
Schloßhof 2/4, Haus SF
01796 Pirna

Landratsamt Mittelsachsen
Betreuungsbehörde
Frauensteiner Straße 43
09599 Freiberg

Landratsamt Vogtlandkreis
Betreuungsbehörde
Postplatz 5
08523 Plauen

Landratsamt Zwickau
Betreuungsbehörde
Werdauer Straße 62
08056 Zwickau

Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Betreuungsbehörde
Schloßhof 2/4, Haus SF
01796 Pirna

Landratsamt Mittelsachsen
Betreuungsbehörde
Frauensteiner Straße 43
09599 Freiberg

Landratsamt Vogtlandkreis
Betreuungsbehörde
Postplatz 5
08523 Plauen

Landratsamt Zwickau
Betreuungsbehörde
Werdauer Straße 62
08056 Zwickau

Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Betreuungsbehörde
Schloßhof 2/4, Haus SF
01796 Pirna
Schließlich können Sie sich auch an die örtlichen Betreuungsvereine wenden, die Ihnen Beratung sowie Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen anbieten. Die in Ihrem Wohnort tätigen Vereine können Sie bei der örtlichen Betreuungsbehörde und beim Kommunalen Sozialverband – der überörtlichen Betreuungsbehörde – erfragen (Thomasiusstraße 1, 04109 Leipzig, Tel. 0341/1266-0). Die Ansprechpartner vor Ort finden Sie auch unter www.pflegenetz.sachsen.de/pflegedatenbank (Kategorie: »Beratung/Rechtliche Betreuung«).

2. Anlegen und Führen einer Betreuerakte


Gehen Sie wie folgt vor:

Nehmen Sie einen Büroordner und gliedern Sie diesen durch Einlegeblätter in Abschnitte und – wo es der Übersichtlichkeit dient – in Unterabschnitte. Maßgebend für die Gliederung ist, welche Aufgabenkreise Ihnen übertragen sind. So kommt z.B. eine Gliederung in folgende Abschnitte in Betracht:

- Entscheidungen des Betreuungsgerichts und Schriftwechsel mit diesem,
- Gesundheitssorge (Unterabschnitte Krankenkasse, Ärzte, Krankenhaus usw.),
- Aufenthaltssorge (Unterabschnitte Mietvertrag, Nebenkosten usw.),
- Vermögenssorge, untergliedert z.B. in Unterabschnitte – Vermögen (weiter gegliedert in Girokonto, Sparkonto, Mietkaution etc.) – Einkommen (weiter gegliedert in Rente, Sozialhilfe, Wohngeld etc.) – Versicherungen (weiter gegliedert in Haftpflicht, Hausrat, Unfall etc.).

Zur Akte nehmen Sie alle Ihnen zugegangenen Schreiben, Kopien der von Ihnen gefertigten Schreiben und bei wesentlichen Gesprächen/Telefonaten eine Gesprächsnote dazu, wann Sie mit wem und mit welchem Ergebnis gesprochen haben.

Legen Sie der Akte einige Kopien Ihres Betreuerausweises bei. So haben Sie gleich ein Exemplar zur Hand, wenn Sie es brauchen. Außerdem sollte die Akte Kopien wichtiger persönlicher Dokumente des Betreuten (z.B. Personalausweis, Behinderungsausweis, Patientenverfügung) enthalten, die Sie hin und wieder benötigen. Die Originaldokumente sollten Sie grundsätzlich nicht zu Ihrer Akte nehmen; sie verbleiben beim Betreuten.

Stellen Sie der Akte ein Stammdatenblatt (»Personalbogen«) voran, dem Sie oder ein Vertreter alle wesentlichen Daten zur Betreuung auf einen Blick entnehmen können:
Stammdatenblatt

I. Betreuter

Name/Vorname: ..........................................................................................................

Geburtsdatum/-ort/-name: ..........................................................................................

Anschrift: ..................................................................................................................

Telefon/E-Mail: ....................................................................................................... 

Beruf/Tätigkeit: ....................................................................................................... 

II. Wichtige Daten zur Betreuung

Amtsgericht: ................................................................. Aktenzeichen: ..................................................

Betreuung besteht seit: .................................................. Datum meiner Bestellung: .....................

Aufgabenkreise: .....................................................................................................

Einwilligungsvorbehalte: ..........................................................................................

Ansprechpartner bei Gericht (Name/Telefon): ..........................................................

Betreuungsverfügung/Patientenverfügung vorhanden: ..............................................

III. Kontaktdaten enger Angehöriger und Vertrauenspersonen des Betreuten

...................................................................................................................................

...................................................................................................................................

...................................................................................................................................

IV. Kontaktdata von Betreuungsbehörde und -verein

Behörde: ..................................................................................................................

Verein: ....................................................................................................................... 

V. Kontaktdaten im Bereich der medizinischen Versorgung des Betreuten

Hausarzt: ..................................................................................................................

Sonstige Ärzte: .........................................................................................................

Pflegedienst: ...........................................................................................................

Krankenkasse: ...........................................................................................................

Sonstiges: ..................................................................................................................
3. Fallbeispiel mit ausgefüllten Vordrucken und Erläuterungen


Um Ihnen den Umgang mit den Vordrucken zu erleichtern, finden Sie im Folgenden einen Beispielsfall und – ausgefüllt für diesen Fall – die wichtigsten Vordrucke.

Sachverhalt:


Ilse Muster macht sich nun eine Übersicht für die Vermögensgegenstände des Heinz Muster und für seine monatlichen Einnahmen und Ausgaben:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Vermögen zum Stichtag 1. März 2017:</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Grundstück, bebaut mit Einfamilienhaus, gehört Heinz und Ilse Muster gemeinsam (geschätzter Zeitwert)</td>
</tr>
<tr>
<td>Girokonto bei A-Bank</td>
</tr>
<tr>
<td>Sparkonto bei B-Bank</td>
</tr>
<tr>
<td>Wohnungseinrichtung (geschätzt)</td>
</tr>
<tr>
<td>Goldener Siegelring</td>
</tr>
<tr>
<td>Briefmarkensammlung</td>
</tr>
<tr>
<td>Tuba (Marke B&amp;S)</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Einnahmen:</th>
<th>Ausgaben:</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Altersrente: 1.000 EUR</td>
<td>Anteilige Wohnkosten (Gas, Wasser, Strom etc): ca. 140 EUR</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Telefonkosten: ca. 20 EUR</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Ausgaben für Versicherungen: ca. 40 EUR</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Sonstige Lebenshaltung: ca. 350 EUR</td>
</tr>
</tbody>
</table>


Das Formular »Verzeichnis über das Vermögen« wird Ilse Muster wie folgt ausfüllen:
Verzeichnis über das Vermögen
des Mündels/Pfleglings/Betreuten ____________
geboren am: ____________ Stichtag: ____________

A. Vermögensgegenstände

1. Grundstücke, Wohnungseigentum, Erbbaurechte (möglichst genau nach Gemeinde, Straße, Hausnummer, Grundbuchblatt, Flurstücksnummer zu bezeichnen; Grundbuchblattabschrift und Brandversicherungsurkunde sind beizufügen)

   a) Straße, Hausnummer, PLZ, Ort ____________
   b) Flurstücksnummer und Gemarkung ____________
   c) eingetragen im Grundbuch (Gem., Band, Blatt) ____________
   d) Einheitswert ____________ EUR Grundstücksgröße ____________ qm
   e) Brandversicherungswert ____________ EUR
   f) Baujahr ____________
   g) Zustand des Gebäudes (gut, mittel, schlecht) ____________
   h) Verkehrswert insgesamt ____________
   i) Anteilsverhältnis ____________
   □ weiterer Grundbesitz: Siehe Anlage Verkehrswert: ____________

2. Erwerbsgeschäft (Handelsgeschäft, Handwerksbetrieb; eine Bilanz ist beizufügen)

   /

3. Bargeld (auch ausländisches) Guthaben bei Banken, Sparkassen oder beim Postgiroamt (Bankbezeichnung, IBAN, Guthabenhöhe, Zinssatz)

   A-Bank, IBAN: DE25 10050000 012345600, 870,– € Guthaben, keine Zinsen ____________
   B-Bank, IBAN: DE15 20050000 012345600, 23.873,– € Guthaben, 2,0 % Zinsen p.a. ____________

4. Wertpapiere (genau bezeichnen und Kurswertbestätigung der verwahrenden Bank beifügen)

   /

<table>
<thead>
<tr>
<th>Wert in EUR</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Renten, monatlich</td>
</tr>
</tbody>
</table>


| / |

7. Wohnungseinrichtung und Wäsche (Möbel, Bilder – soweit sie nicht unter Ziffer 8 fallen – Uhren, Vorhänge, Teppiche, Spiegel, Lampen, Porzellan, Gläser, Wäsche, Betten; bei Haushaltsgegenständen und der Wäsche genügt die Angabe des Gesamtwertes)

| gebraucht, überwiegend ca. 15 Jahre alt | 3.000,– |


<table>
<thead>
<tr>
<th>/</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>goldener Siegelring</td>
</tr>
<tr>
<td>Briefmarkensammlung</td>
</tr>
</tbody>
</table>

9. Wertvolle Gebrauchsgegenstände (Bücher, Sport- und Jagdgeräte, Rundfunk- und Fernsehgeräte, Videogeräte, Musikinstrumente, Schallplatten usw., optische Geräte)

<table>
<thead>
<tr>
<th>/</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Tuba (Marke B&amp;S)</td>
</tr>
<tr>
<td>Wert in EUR</td>
</tr>
<tr>
<td>---</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>10. Handwerkszeug, Maschinen, landwirtschaftliche oder für den gewerblichen Betrieb bestimmte Geräte</strong></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>11. Landwirtschaftliche Fahrzeuge und Zubehör, Kraftwagen, Motorräder, Mopeds, Fahrräder (bei Kraftfahrzeugen Typ, Baujahr, Zulassungsnummer; Fahrzeugpapiere und deren Aufbewahrungsort angeben)</strong></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>12. Viehbestände</strong></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>13. Warenvorräte, landwirtschaftliche oder gewerbliche Vorräte</strong></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>14. Sonstige Sachen und Rechte (hier sind namentlich etwaige Beteiligungen an Gesellschaften oder Genossenschaften anzugeben)</strong></td>
</tr>
</tbody>
</table>

**B. Schulden**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Wert in EUR</th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>1. Hypotheken, Grundschulden, Rentenschulden oder Reallasten, die auf einem zum Vermögen des Mündels/Pfleglings gehörenden Grundstück lasten (Grundbuchbezeichnung angeben und Bestätigung über die Höhe der Verbindlichkeiten zum Tag der Verpflichtung beigeben)</strong></td>
<td>/</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>2. Sonstige Verbindlichkeiten unter Angabe des Zinssatzes, des Schuldgrundes und der Gläubiger (Bestätigung über die Höhe der Verbindlichkeiten zum Tag der Verpflichtung beigeben)</strong></td>
<td>/</td>
</tr>
</tbody>
</table>

| Summe B1 und B2 | 0,00 |
### Zusammenstellung

**A. Vermögensgegenstände**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Abschnitt</th>
<th>Betrag</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1</td>
<td>75.000,– EUR</td>
</tr>
<tr>
<td>2</td>
<td>EUR</td>
</tr>
<tr>
<td>3</td>
<td>24.743,– EUR</td>
</tr>
<tr>
<td>4</td>
<td>EUR</td>
</tr>
<tr>
<td>5</td>
<td>1.000,– EUR monatlich</td>
</tr>
<tr>
<td>6</td>
<td>3.000,– EUR</td>
</tr>
<tr>
<td>7</td>
<td>3.350,– EUR</td>
</tr>
<tr>
<td>8</td>
<td>2.000,– EUR</td>
</tr>
<tr>
<td>9</td>
<td>EUR</td>
</tr>
<tr>
<td>10</td>
<td>EUR</td>
</tr>
<tr>
<td>11</td>
<td>EUR</td>
</tr>
<tr>
<td>12</td>
<td>EUR</td>
</tr>
<tr>
<td>13</td>
<td>EUR</td>
</tr>
<tr>
<td>14</td>
<td>EUR</td>
</tr>
</tbody>
</table>

zusammen 108.093,– EUR

**B. Schulden**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Betrag</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>0,00 EUR</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Reiner Vermögenswert 108.093,– EUR


Dresden, 21.03.2017
(Ort und Tag)

Ilse Muster
(Unterschrift des Vormunds/Pflegers/Betreuers)
Ein Jahr nach ihrer Bestellung zur Betreuerin wird Ilse Muster den jährlichen »Bericht über die Führung der Betreuung« und die »Abrechnung über die Verwaltung des Vermögens« beim Gericht einreichen und dabei die vom Gericht übersandten Vordrucke verwenden.


Zu den Einnahmen zählt alles, was an Geld eingeht oder das vorhandene Vermögen mehr (z.B. Renten, Wohngeld, Sparzinsen, Kursgewinne bei Wertpapieren, Wertsteigerungen von Immobilien). Geldbewegungen innerhalb des Vermögens des Betreuten sind sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben zu vermerken – so ist die Überweisung vom Giro- auf das Sparkonto als Ausgabe beim Girokonto und als Einnahme beim Sparkonto zu verbuchen.


Bericht über die Führung der Betreuung

für den Zeitraum vom 01.03.2017 bis 28.02.2018

A) Angaben über die persönlichen Verhältnisse (Nr. 1-7):

1. Ständiger Aufenthalt d. Betreuten:
   - Sonnenstraße 15
   - 01108 Dresden
   - Heimunterbringung: ja
   - geschlossene Abteilung: nein

2. Wer versorgt d. Betreute/n?
   - versorgt sich selbst
   - Personal d. Alten-/Pflegeheimes/Einrichtung
   - ich, d. Betreuer/in
   - ambulante Pflegedienste

3. Wie war die gesundheitliche Entwicklung seit dem letzten Bericht?
   - Der Zustand d. Betreuten hat sich
     - gebessert
     - nicht verändert
     - verschlechtert
   - weil sein Hüftschaden ihn immer weiter einschränkt und er zunehmend verwirrt ist
   - Hausarzt: Dr. Müller
   - Tel.: 0351/9101112
   - Straße: Müllergasse 1
   - PLZ: 01088
   - Ort: Dresden

4. Welche Änderungen im Umfang Ihres Aufgabenkreises halten Sie für erforderlich?
   - keine
   - Die Betreuung sollte um den Aufgabenbereich „Entgegennahme der Post“ erweitert werden.
   - Der Betreute wirft zunehmend Briefe ungelesen weg.

5. Die Betreuung ist weiter erforderlich

6. Wann haben Sie d. Betreute/n zuletzt persönlich gesehen? heute
   - In welchen zeitlichen Abständen sehen/besuchen Sie d. Betreute/n?
     - wöchentlich
     - monatlich
     - täglich (gemeinsamer Hausstand)
   - persönliche Kontakte zum/zur Betroffenen gem. § 1908 i Abs. 1 S.1 in Verbindung mit § 1840 Abs. 1 BGB/ geplante Maßnahmen zur persönlichen Förderung und Entwicklung,
     - s. Anlage (BS 627b)

BS 627a: Berichtsformblatt für Betreuer (4.17)
7. Sofern die Vermögensverwaltung nicht zu Ihrem Aufgabenkreis gehört:
   Der Stand des Vermögens beträgt zum Ende des Berichtszeitraums ca. ___________ EUR.
   Der Stand des Vermögens des laufenden Betreuungsjahres zum 01.01. beträgt ___________ EUR.

B) Angaben über die wirtschaftlichen Verhältnisse (Nr. 8–13):

8. Einkünfte d. Betreuten: auszahlende Stelle: Betrag:
   □ Rente/n mtl. DRV Mitteldeutschland ___________ 1.000,– EUR
   □ Krankengeld mtl. ____________________________ ____________________________ EUR
   □ Lohn/Gehalt/ Arbeitslosengeld I mtl. ___________ ____________________________ EUR
   □ Mieteinnahmen mtl. ____________________________ ____________________________ EUR
   □ Arbeitslosengeld II/ Sozialhilfe/Grundsicherung mtl. ____________________________ ____________________________ EUR
   □ Pflegegeld (Stufe:_____) ____________________________ ____________________________ EUR
   □ Unterhalt mtl. ____________________________ ____________________________ EUR
   □ ____________________________ ____________________________ EUR
   (bitte Kopien der letzten Einkommensnachweise beifügen) An wen werden die Einkünfte ausgezahlt?
   □ auf ein Konto d. Betreuten
   □ ____________________________
   □ die Rente ist auf Kostenträger übergeleitet.

9. Heim-/Unterbringungskosten werden getragen durch (Träger und Geschäftszeichen angeben):
   □ Daneben erhält d. Betreute ein mtl. Taschengeld in Höhe von ___________ EUR, das
     □ auf ein Konto d. Betreuten □ an die Einrichtung gezahlt wird.
     □ Das Taschengeld hatte ____________________________ einen Stand von ___________ EUR.
   □ durch regelmäßige Einsicht in d. Verwendungsnachweis d. Einrichtung.
   Das Taschengeld wird □ bestimmungsgemäß verwendet. □ nicht bestimmungsgemäß verwendet (bitte auf gesonderten Blatt erläutern).

10. Die laufenden mtl. Einnahmen werden verwendet für:
   □ Heimkosten ____________________________ EUR
   □ Strom ____________________________ ca. 25,– EUR
   □ Lebensunterhalt ____________________________ EUR
     □ Lebensmittel ____________________________ ___________ ca. 200,– EUR
     □ Kleidung ____________________________ ca. 90,– EUR
     □ Kosmetik ____________________________ ca. 20,– EUR
     □ Literatur/Zeitung ____________________________ EUR
     □ Sonstiges ____________________________ ca. 40,– EUR
   □ Miete ____________________________ EUR
   □ Telefon ____________________________ ca. 20,– EUR
   □ Schuldentilgung bei ____________________________ in Höhe von ___________ EUR
   □ Sonstiges ____________________________ ca. 115,– EUR
     □ Sonstige Wohnkosten (Gas/Wasser etc.) Versicherungen ca. 40,– EUR

11. Im Berichtszeitraum hat d. Betreute folgende Sachen (Gegenstände, Grundstücke) und Rechte (z.B. Forderungen, Wohnungsrecht) erworben oder geerbt (bei Erbschaft bitte Kopie des Nachlassverzeichnisses und des Erbscheines oder der letztwilligen Verfügung mit Eröffnungsniederschrift beilegen.)
   □ keine
12. D. Betreute besitzt folgendes Vermögen (zum Ende des Berichtszeitraumes):

- **Grundbesitz:** Sonnenstraße 15, 01108 Dresden (hälftiges Eigentum)
  - Gemarkung: Dresden-Weißenfels
  - Wert: 75.000,– EUR
  - Eigennutzung: vermietet/verpachtet

<table>
<thead>
<tr>
<th>IBAN*</th>
<th>Wert</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>DE 25 10050000 012345600 bei A-Bank</td>
<td>791,75 EUR</td>
</tr>
<tr>
<td>DE 15 20050000 012345600 bei B-Bank</td>
<td>23.950,46 EUR</td>
</tr>
</tbody>
</table>

- weiteres Kto. IBAN* bei EUR
- weiteres Kto. IBAN* bei EUR

- Wohnungseinrichtung und Wertgegenstände (Siegelring/Briefmarken/Tuba) 8.350,– EUR

(bitte Kopie des letzten Girokontoauszuges bzw. Sparbücher – mit Inhaberangabe – beifügen)

**Summe:** 108.172,21 EUR

13. D. Betreute besitzt folgendes Vermögen (zum 01.01. des laufenden Betreuungsjahres):

- **Grundbesitz:** Sonnenstraße 15, 01108 Dresden (zusammen mit Ilse Muster, je 1/2)
  - Gemarkung: Dresden-Weißenfels
  - Wert: 75.000,– EUR
  - Eigennutzung: vermietet/verpachtet

<table>
<thead>
<tr>
<th>IBAN*</th>
<th>Wert</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>DE 25 10050000 012345600 bei A-Bank</td>
<td>795,90 EUR</td>
</tr>
<tr>
<td>DE 15 20050000 012345600 bei B-Bank</td>
<td>23.473,– EUR</td>
</tr>
</tbody>
</table>

- weiteres Kto. IBAN* bei EUR
- weiteres Kto. IBAN* bei EUR

- Wohnungseinrichtung und Wertgegenstände (Siegelring/Briefmarken/Tuba) 8.350,– EUR

(bitte Kopie des letzten Girokontoauszuges bzw. Sparbücher – mit Inhaberangabe – beifügen)

**Summe:** 107.618,90 EUR

14. Folgende Tätigkeiten/Rechtshandlungen habe ich als gesetzlicher Vertreter vorgenommen:

- Kündigung oder Aufhebung eines Mietverhältnisses über Wohnraum (in )
- sonstige genehmigungspflichtige Rechtsgeschäfte (z. B. Darlehensaufnahme, Abschluss eines Vergleichs, Erbausschlagung etc.)

15. Des Weiteren teile ich mit rege ich an


Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit meiner Angaben.

Ilse Muster

Unterschrift d. Betreuers/Betreuerin

* siehe Kontoauszug
An das Amtsgericht Dresden
Aktenzeichen: 12 XVII 12/17

Abrechnung über die Verwaltung des Vermögens

d. Betreuten/Pfleglings: Heinz Muster
geboren am 01.02.1936

für den Zeitraum vom 01.03.2017 bis 28.02.2018

Der Vermögensstand setzt sich wie folgt zusammen:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Grundstücke/ Eigentumswohnungen/ Erbbaurechte:</th>
<th>Bestand zum Beginn d. Rechnungslegung</th>
<th>Bestand am Ende d. Rechnungslegung</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Sonnenstraße 15, 01108 Dresden (hälftiges Eigentum)</td>
<td>75.000,– EUR</td>
<td>75.000,– EUR</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Girokonto (IBAN):</th>
<th>b. Bank DE25 10050000 012345600 A-Bank</th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Sparkonto (IBAN):</td>
<td>b. Bank DE15 20050000 012345600 B-Bank</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>weiteres Konto (IBAN):</th>
<th>b. Bank</th>
</tr>
</thead>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Bausparkonto (IBAN/Vertragsnr.):</th>
<th>b. Bank</th>
</tr>
</thead>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Depot-Nr.:</th>
<th>b. Bank</th>
</tr>
</thead>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Lebens-/Rentenversicherung u.ä. (Rückkaufwert)</th>
<th></th>
</tr>
</thead>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Bargeld beim Betreuer:</th>
<th></th>
</tr>
</thead>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Bestand Heimkonto: (Taschengeld/ Bekleidungsgeld)</th>
<th></th>
</tr>
</thead>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Sonstige Vermögenswerte:</th>
<th>WohnungsEinrichtung, Ring, Briefmarkensammlung, Tuba</th>
</tr>
</thead>
</table>

| Zwischensumme (Guthaben): | 108.093,– EUR | 108.172,21 EUR |

<table>
<thead>
<tr>
<th>Schulden:</th>
</tr>
</thead>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Grund-/Hypothekenschulden:</th>
<th>b.</th>
</tr>
</thead>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>sonstige Schulden:</th>
<th>b.</th>
</tr>
</thead>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Zwischensumme (Schulden):</th>
<th></th>
</tr>
</thead>
</table>

| Vermögen (Guthaben abzüglich der Schulden): | 108.093,– EUR | 108.172,21 EUR |

Die Richtigkeit der Abrechnung wird versichert.

Datum: 15.03.2018
Unterschrift des Betreuers/Pflegers: Ilse Muster

BS 33 = F 133: Abrechnung über die Verwaltung des Vermögens (1.14)
OLG Dresden
<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1.</td>
<td>06.03.2017</td>
<td>Einzahlung vom Sparbuch Nr. 456 123 87</td>
<td>400,-</td>
<td>Platz</td>
</tr>
<tr>
<td>2.</td>
<td>07.03.2017</td>
<td>Lastschrift für Lebensmitteleinkauf bei Kaufhalle X</td>
<td>38,20</td>
<td>Platz</td>
</tr>
<tr>
<td>3.</td>
<td>14.03.2017</td>
<td>Lastschrift für Kauf von CDs</td>
<td>59,97</td>
<td>Platz</td>
</tr>
<tr>
<td>4.</td>
<td>16.03.2017</td>
<td>Überweisung Gaskosten</td>
<td>50,-</td>
<td>Platz</td>
</tr>
<tr>
<td>5.</td>
<td>16.03.2017</td>
<td>Überweisung Stromkosten</td>
<td>20,-</td>
<td>Platz</td>
</tr>
<tr>
<td>6.</td>
<td>16.03.2017</td>
<td>Überweisung Telefongebühren anteilig</td>
<td>20,-</td>
<td>Platz</td>
</tr>
<tr>
<td>7.</td>
<td>21.03.2017</td>
<td>Lastschrift für Lebensmitteleinkauf bei Kaufhalle Y</td>
<td>41,95</td>
<td>Platz</td>
</tr>
<tr>
<td>8.</td>
<td>25.03.2017</td>
<td>Abbuchung für Versicherungen</td>
<td>40,-</td>
<td>Platz</td>
</tr>
<tr>
<td>9.</td>
<td>26.03.2017</td>
<td>Überweisung Reparaturkosten Wasserleitung (anteilig ½) an Sanitär Sauber</td>
<td>85,-</td>
<td>Platz</td>
</tr>
<tr>
<td>10.</td>
<td>28.03.2017</td>
<td>Lastschrift Einkauf Jacke und Hose bei Modehaus Z</td>
<td>238,50</td>
<td>Platz</td>
</tr>
<tr>
<td>11.</td>
<td>28.03.2017</td>
<td>Lastschrift Einkauf Lebensmittel bei Kaufhalle X</td>
<td>39,63</td>
<td>Platz</td>
</tr>
<tr>
<td>12.</td>
<td>30.03.2017</td>
<td>Rente</td>
<td>1.000,-</td>
<td>Platz</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Summe/ Übertrag: 1.800,- 1.400,-
<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1</td>
<td>05.03.2017</td>
<td>Abhebung und Einzahlung auf Girokonto</td>
<td>400,–</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2</td>
<td>02.01.2018</td>
<td>Gutschrift Zinsen</td>
<td>477,46</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>3</td>
<td></td>
<td>...</td>
<td>...</td>
<td>...</td>
</tr>
<tr>
<td>4</td>
<td></td>
<td>...</td>
<td>...</td>
<td>...</td>
</tr>
<tr>
<td>5</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>6</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>7</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>8</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>9</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>10</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Summe/Übertrag: 477,46 400,–
<table>
<thead>
<tr>
<th>Stichwortverzeichnis</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Abrechnung ........................................ 14 f., 29 f.</td>
</tr>
<tr>
<td>Aktenführung ...................................... 22</td>
</tr>
<tr>
<td>Ämter .................................................. 11</td>
</tr>
<tr>
<td>Arbeitslosengeld II ......................... 12, 19</td>
</tr>
<tr>
<td>Arbeitsvertrag .................................... 16</td>
</tr>
<tr>
<td>Ärztliche Behandlung .......................... 09 f., 16</td>
</tr>
<tr>
<td>Aufenthaltsbestimmung ....................... 09 f.</td>
</tr>
<tr>
<td>Aufgabenkreise .................................... 07 f.</td>
</tr>
<tr>
<td>Aufsicht durch das Betreuungsgericht ...... 15</td>
</tr>
<tr>
<td>Aufwandsentschädigung ...................... 19 f.</td>
</tr>
<tr>
<td>Aufwendungserstattung ...................... 19 f.</td>
</tr>
<tr>
<td>Auskunft über die Betreuungsführung .... 15</td>
</tr>
<tr>
<td>Barauszahlungen ................................. 12</td>
</tr>
<tr>
<td>Bausparvertrag .................................... 13</td>
</tr>
<tr>
<td>Beendigung der Betreuung .................. 14, 20</td>
</tr>
<tr>
<td>Befreiter Betreuer ............................. 14</td>
</tr>
<tr>
<td>Befreiung von Genehmigungspflichten ..... 16</td>
</tr>
<tr>
<td>Behörden ............................................. 11</td>
</tr>
<tr>
<td>Beratung ............................................. 21</td>
</tr>
<tr>
<td>Berichtspflichten ............................... 15</td>
</tr>
<tr>
<td>Bericht über die Führung der Betreuung .. 15, 30</td>
</tr>
<tr>
<td>Bericht über die persönlichen Verhältnisse 15</td>
</tr>
<tr>
<td>Bestattung .......................................... 20</td>
</tr>
<tr>
<td>Betreten der Wohnung ....................... 09</td>
</tr>
<tr>
<td>Betreuerauskunft ............................. 06</td>
</tr>
<tr>
<td>Betreuerverwechsel .......................... 14, 20</td>
</tr>
<tr>
<td>Betreuungsbehörden ......................... 21</td>
</tr>
<tr>
<td>Betreuungsgericht ............................ 13, 21</td>
</tr>
<tr>
<td>Betreuungsverfügung ....................... 05</td>
</tr>
<tr>
<td>Bettgitter .......................................... 10 f., 11, 17</td>
</tr>
<tr>
<td>Betgurt .............................................. 10 f.</td>
</tr>
<tr>
<td>Briefkontrolle ...................................... 14</td>
</tr>
<tr>
<td>Bürgschaft .......................................... 16</td>
</tr>
<tr>
<td>Durchsuchung der Wohnung .............. 12</td>
</tr>
<tr>
<td>Ehe .................................................... 17</td>
</tr>
<tr>
<td>Einkommenssteuer ............................ 19</td>
</tr>
<tr>
<td>Einwilligungsfähigkeit .................... 08, 12</td>
</tr>
<tr>
<td>Einwilligungsvorbehalt .................. 07, 12</td>
</tr>
<tr>
<td>Entlassung des Betreuers ................. 20</td>
</tr>
<tr>
<td>Entlastung ......................................... 14</td>
</tr>
<tr>
<td>Erbschaft ............................................ 17</td>
</tr>
<tr>
<td>Fernmeldeverkehr ............................ 14</td>
</tr>
<tr>
<td>Fixierung .......................................... 11, 17</td>
</tr>
<tr>
<td>Freiheitsentziehung ....................... 10 f., 17</td>
</tr>
<tr>
<td>Genehmigungserfordernis .................. 15 f.</td>
</tr>
<tr>
<td>Geschäftsfähigkeit ............................. 07</td>
</tr>
<tr>
<td>Geschlossenen Einrichtung ................ 11 f.</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesundheitssorge ............................ 08 ff., 16</td>
</tr>
<tr>
<td>Girokonto ......................................... 13 f.</td>
</tr>
<tr>
<td>Grundstück ......................................... 16</td>
</tr>
<tr>
<td>Gütergemeinschaft ......................... 17</td>
</tr>
<tr>
<td>Haftpflichtversicherung ..................... 17</td>
</tr>
<tr>
<td>Haftpflichtversicherungsverträge ........ 18</td>
</tr>
<tr>
<td>Heim ................................................. 09 f.</td>
</tr>
<tr>
<td>Konto ................................................. 11 f.</td>
</tr>
<tr>
<td>Kosten des Betreuungsverfahrens ........ 20</td>
</tr>
<tr>
<td>Krankenkasse und Krankenversicherung 08</td>
</tr>
<tr>
<td>Kreditaufnahme ............................... 16</td>
</tr>
<tr>
<td>Kündigung des Mietvertrages ............ 15</td>
</tr>
<tr>
<td>Lebensversicherung ....................... 12 f., 16</td>
</tr>
<tr>
<td>Lehrvertrag ......................................... 16</td>
</tr>
<tr>
<td>Medizinische Maßnahmen .................. 08</td>
</tr>
<tr>
<td>Meldepflicht ....................................... 10</td>
</tr>
<tr>
<td>Mietvertrag ....................................... 09, 16</td>
</tr>
<tr>
<td>Mitteilungspflicht ............................. 09</td>
</tr>
<tr>
<td>Mündelsichere Anlage ..................... 13 f.</td>
</tr>
<tr>
<td>Nachlasspflegschaft ......................... 20</td>
</tr>
<tr>
<td>Pachtvertrag ....................................... 16</td>
</tr>
<tr>
<td>Patientenverfügung ....................... 05, 08</td>
</tr>
<tr>
<td>Personalausweis ............................... 10 f.</td>
</tr>
<tr>
<td>Pflegeheim ........................................ 10 f.</td>
</tr>
<tr>
<td>Post ................................................... 14</td>
</tr>
<tr>
<td>Psychiatrie ......................................... 10 f.</td>
</tr>
<tr>
<td>Rechnungslegung ............................... 11 f., 14, 29</td>
</tr>
<tr>
<td>Scheckung .......................................... 13</td>
</tr>
<tr>
<td>Schlussschnitt .................................... 14 f.</td>
</tr>
<tr>
<td>Schuldenregulierung ...................... 11, 13 f.</td>
</tr>
<tr>
<td>Selbstvertretungsbefugnis des Betreuens 06</td>
</tr>
<tr>
<td>Sparbuch .......................................... 12 f.</td>
</tr>
<tr>
<td>Sperrvermerk .................................... 13, 16</td>
</tr>
</tbody>
</table>
Sterilisation ................................................................. 16
Steuererklärung .......................................................... 13

Telefon ........................................................................... 15
Tod des Betreuten .......................................................... 20

Umzug ........................................................................... 10 f.
Unfallversicherung ......................................................... 17
Unterbringung ................................................................. 10 ff, 17
Unterbringungssähnliche Maßnahme ............................. 11 f., 17

Vaterschaftsanerkennung ............................................... 17
Vermögenssorge ............................................................ 11 f., 15
Vermögensverzeichnis .................................................... 14, 24
Versicherungen des Betreuten ......................................... 13
Versicherungsschutz für den Betreuer ......................... 17 f.
Verträge ........................................................................... 15 f.
Vertretung des Betreuten .............................................. 06 ff.
Vorrang der Selbsthilfe .................................................. 06
Vorsorgevollmacht .......................................................... 06 f.

Wertpapiere ...................................................................... 13
Wille des Betreuten .......................................................... 07, 12, 16
Wohnungsangelegenheiten .............................................. 09, 17

Zwangsbehandlung .......................................................... 09, 16
Zwangsversteigerung ....................................................... 17
Verteilerhinweis

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Copyright
Liebe Bürgerinnen und Bürger,

wir wollen unsere Informationsbroschüren noch besser an die Wünsche der Leserinnen und Leser anpassen.

Dazu wäre es sehr hilfreich, wenn Sie uns die folgenden Fragen beantworten würden. Sie können die Postkarte per Post versenden oder beim Sächsischen Staatsministerium der Justiz, bei jedem Gericht oder jeder Staatsanwaltschaft in Sachsen abgeben. Sie können Ihre Meinung auch per E-Mail an uns senden: presse@smj.justiz.sachsen.de

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Wegweiser für ehrenamtliche Betreuer

Wie sind Sie auf die Broschüre aufmerksam geworden?

Hat die Broschüre Ihre Erwartungen erfüllt?

☐ ja   ☐ nein

Falls nein, welche Informationen haben Ihnen gefehlt?

Hat Ihnen die Gestaltung der Broschüre gefallen?

☐ ja   ☐ nein

Falls nein, warum nicht?

Welche Wünsche, Anregungen oder Verbesserungsvorschläge haben Sie?
Absender

Name, Vorname

Straße, Nummer

PLZ, Ort

Sächsisches Staatsministerium
der Justiz
Pressestelle
Hospitalstraße 7
01097 Dresden

Bitte ausreichend frankieren